

Protokoll:	Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	49
		TOP:	16
Verhandlung		Drucksache:	644/2019
		GZ:	SWU
Sitzungstermin:	01.10.2019		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold		
Berichterstattung:	-		
Protokollführung:	Herr Häbe / pö		
Betreff:	Entwurf einer Stellplatzsatzung für die Landeshauptstadt Stuttgart		

Vorgang: Ausschuss für Umwelt und Technik vom 16.07.2019, öffentlich, Nr. 399
 Ergebnis: Einbringung
 Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik v. 24.09.2019, öffentlich, Nr. 28
 Ergebnis: Zurückstellung

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Referats Städtebau, Wohnen und Umwelt vom 27.06.2019, GRDRs 644/2019.

StR Peterhoff (90/GRÜNE) äußert im Namen seiner Fraktion die Bitte, dass die Verwaltung angesichts der beschlossenen "lebenswerten Innenstadt" und zahlreicher kommender Bauprojekte (mit Tiefgaragen etc.) heute als Auftrag mitnimmt, bei Gebäuden mit gutem ÖPNV-Anschluss - dies treffe ja in der Innenstadt überwiegend zu - zu prüfen, ob für alle Wohnungen die Stellplatzzahl auf null gesenkt werden kann. Das Ergebnis bittet er dem Ausschuss vorzulegen.

StR Ozasek (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) weist darauf hin, dass Entsprechendes bereits mit dem Antrag Nr. 28/2019 "Zielbeschluss lebenswerte Stadt unterstützen - wertvolle Flächen sparen, öffentlichen Raum aufwerten" (SÖS-LINKE-PluS, SPD, 90/GRÜNE) beantragt wird. Damit wollten die Antragsteller dargestellt bekommen, wie im Wege der Bauleitplanung, über Bau- und Ordnungsrecht und über die StadtKernZiele an dieses Thema herangegangen werden könne. Dies müsse die Verwaltung zeitnah darstellen. Weiter weist er auf den Antrag Nr. 61/2017 "Spielraum der VwV-Stellplätze voll ausschöpfen" (90/GRÜ-NE, SÖS-LINKE-PluS) hin. Im

Kontext mit dem Luftreinhalteplan könne eine Befreiung von der Stellplatzpflicht ermöglicht werden. Auch zu diesem Antrag stehe noch eine Beantwortung aus.

Hinsichtlich des Umgangs mit dem Thema Stellplatzpflicht verweist BM Pätzold auf den in der entsprechenden Satzung enthaltenen Vorschlag "Ermöglichung in Verbindung mit ÖPNV-Anschluss".

Zustimmend zum Stellplatz-Satzungsentwurf äußern sich StR Dr. Vetter (CDU), StR Zeeb (FW) und StRin Königeter (PULS).

StR Dr. Vetter weist auf die notwendige Ladeinfrastruktur für Elektromobilität hin. Wenn man dies in neuen gewerblichen oder privaten Bauvorhaben umsetzen wolle, seien Parkmöglichkeiten in Gebäuden erforderlich, um überhaupt diese Infrastruktur installieren zu können. Die Stellplatzverpflichtung auf null herunterzusetzen, sei nicht vorstellbar. Seine Fraktion werde selbst einem Prüfauftrag nicht zustimmen. Gegebenenfalls werde um getrennte Abstimmung gebeten. Dagegen erachtet StRin Kletzin (SPD) einen solchen Prüfauftrag prinzipiell als richtig, um Kenntnis von einem möglichen Spielraum zu erhalten. In der Folge könnte dann entschieden werden, wo was sinnvoll sei. Die SPD-Fraktion gehe von einer Mindeststellplatzverpflichtung durch die LBO aus, aufgrund derer ein völliger Wegfall nicht möglich sei. StR Zeeb bezeichnet einen Prüfauftrag als unproblematisch. Die Satzung müsse allerdings weiterhin den Satz beinhalten "Es bleibt dem Bauherrn aber unbenommen, Stellplätze herzustellen". Dem schließt sich StRin Königeter an. Sie kann sich zukünftig eine Deckelung der Stellplatzverpflichtung nach oben vorstellen, ohne E-Ladestationen zu verhindern.

Nach dem Verweis von StR Rockenbauch (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tiererschutzpartei) auf § 74 Abs. 2 (3) LBO erklärt der Vorsitzende, die Verwaltung stelle mit der Vorlage dar, wie eine stadtweite Satzung rechtssicher aussehen könne. Bei neuen Bebauungsplänen werde bekanntlich das Thema mit Mobilitätskonzepten verbunden. So wolle die Verwaltung in Zukunft weiterhin vorgehen. Vorgeschlagen werde seitens der Verwaltung, das Thema Wohnbebauung an die LBO-Regelungen für Nicht-Wohnnutzungen anzubinden. Das Thema, wie innerhalb der City damit umgegangen werde, könne dargestellt werden. Die Verwaltung würde das Thema Satzung wie dargestellt weiter bearbeiten.

Abschließend stellt BM Pätzold fest:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik spricht sich mit 11 Ja- und 4 Gegenstimmen für den Prüfauftrag aus, ob es in der Innenstadt möglich ist, die Stellplatzverpflichtung für Wohnnutzung und für Nicht-Wohnnutzung auf null zu setzen.

Der Ausschuss hat die Vorlage positiv zur Kenntnis genommen.

Der Aussage des Vorsitzenden, dass die Verwaltung einen Satzungsvorschlag vorlegt, wird nicht widersprochen.

Zur Beurkundung

Häbe / pö

Zur Beurkundung

Häbe / pö

Verteiler:

- I. Referat SWU
zur Weiterbehandlung
Amt für Stadtplanung und Wohnen (5)
Baurechtsamt (2)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Referat AKR
Rechtsamt
 3. Stadtkämmerei (2)
 4. Rechnungsprüfungsamt
 5. L/OB-K
 6. Hauptaktei

- III.
 1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 2. CDU-Fraktion
 3. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 4. SPD-Fraktion
 5. FDP-Fraktion
 6. Fraktion FW
 7. AfD-Fraktion
 8. Fraktionsgemeinschaft PULS